



**N I E D E R S C H R I F T**

zum öffentlichen Teil

der 5. Sitzung des Kleingartenbeirates (KG/005/2015)

am Mittwoch, 23. September 2015,

16:00 Uhr

in der Gaststätte "Zum Klaus"  
Meißner Landstraße 129  
01157 Dresden

**Bitte geänderten Tagungsort beachten!**

**Beginn der Sitzung:** 16:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:00 Uhr

**Anwesend:**

**Stellvertretende Mitglieder**

Klaus Rentsch

Vertretung für Herrn Dietmar Haßler

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Andreas Naumann  
Dr. Wolfgang Deppe  
Dorothee Marth  
Martin Lenkeit

**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Uwe Baumgarten  
Frank Hoffmann  
Beate Köbnik  
Margitta Meyer  
Jörg Mittag  
Andrea Schubert

**Abwesend:**

**Vorsitzender**

Dietmar Haßler

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Jens Genschmar

**Verwaltung:**

Herr Dr. Jarad  
Herr Viertel

GB 6 / Amt 61.51 / Stadtplanungsamt  
GB 7 / Amt 67.14

**Gäste:**

Frau Verena Andreas  
Herr Udo Seiffert  
Herr Haßler

Stadtverband „Dresdner Gartenfreunde“ e. V.  
Stellv.d. 1. Vors. SV „Dresdner Gartenfreunde“  
CDU (16:00 - 16:30)

**Schriftführer/-in:**

Frau Hentschel

SG Stadtratsangelegenheiten

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- 1 Bericht des Vorsitzenden und Abstimmung der Tagesordnung
  
- 2 Damit Dresden weiter summt! Aktionsplan gegen das Bienensterben **A0858/14  
beratend**
  
- 3 Bebauungsplan Nr. 3002, Dresden-Altstadt II Nr. 26, Parkhaus Pfothenhauerstraße **V0477/15  
beratend**  
  
hier:
  1. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
  2. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
  3. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan
  
- 4 Bericht zur Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes mit den Unterthemen Verfügbarkeit von Ersatzflächen (z. B. Ersatz für Parkhaus Pfothenhauerstr., für Spitzweg wegen Koitzschgraben, für Prießnitzau (Vorlage Beratungsfolge KG BR!), für Hochwasserflächen)
  
- 5 Information/Sonstiges
  
- 6 Zweite Änderung zur Kooperationsvereinbarung zur weiteren Entwicklung des Kleingartenwesens in der Landeshauptstadt Dresden **V0487/15  
zur Information**

**öffentlich**

**Einleitung:**

Die 5. Sitzung des Kleingartenbeirates wird eröffnet. Die form- und fristgerechte Zustellung wird festgestellt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**1 Bericht des Vorsitzenden und Abstimmung der Tagesordnung**

**Herr Stadtrat Haßler** informiert, dass in der letzten Sitzung des Stadtrates Stellvertreter gewählt worden sind. Für ihn sei das Herr Stadtrat Rentsch, welcher heute die erste Vertretung übernimmt.

In Bezug auf die Tagesordnung beantragt Herr Stadtrat Haßler, den Top 3 als erstes zu behandeln, da er an dieser Beratung teilnehmen wolle. Weitere Änderungen gibt es nicht. Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Auf Grund technischer Probleme wird nun mit dem Tagesordnungspunkt 4 fortgefahren, einschließlich der ausgereichten Informationsvorlage V0487/15.

**2 Damit Dresden weiter summt! Aktionsplan gegen das Bienensterben** **A0858/14  
beratend**

**Herr Stadtrat Dr. Deppe** merkt an, dass der Antrag vor seiner Tätigkeit als Stadtrat von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen eingereicht worden sei. Inhaltlich wolle man im Grunde Problematiken und Möglichkeiten aufzeigen, welche im Bereich der Kommune ggf. gelöst werden könnten.

**Herr Hoffmann** konstatiert, dass der Stadtverband die Auffassung vertrete, dass auf diesem Gebiet etwas getan werden müsse, um das Bienensterben möglichst zu vermeiden. Es bestehe eine enge Zusammenarbeit mit dem Imkerverein Dresden und es konnten eine Reihe von Kleingartenanlagen gewonnen werden, sich mit der Imkerei allgemein zu befassen. Um sich dem Thema zu widmen, habe man mehrere Lehrpfade bzw. auch einen Lehrgarten geschaffen. Der Lehrgarten werde in Zusammenhang mit Bildungseinrichtungen betreut und werde darüber hinaus sehr gut angenommen.

**Herr Baumgarten** sehe die Vorhaben und Bemühungen positiv, möchte jedoch auch darauf hinweisen, dass der Umgang mit Bienen nicht ungefährlich sei.

**Herr Hoffmann** erwidert, dass dies nicht generell ein Thema der Kleingärtner sei, sondern es seien Vorschläge gemacht worden, um unterstützend öffentliches Stadtgrün zu nutzen. Selbstverständlich solle es nicht so verstanden werden, dass Kleingärtner Bienen halten sollten, zumal auch nicht jeder über die nötige Sachkunde verfüge.

**Herr Stadtrat Rentsch** verweist auf den Ausschussbericht von Umwelt und Kommunalwirtschaft. In dem sei der Punkt 2 gestrichen worden. Das könne er so nicht nachvollziehen und begründet das an einem Beispiel, indem er auf gewonnen Honig am Dresdner Flughafen hinweist, der zum Verzehr angeboten werde. Damit solle gezeigt werden, dass selbst in einem Flughafengebiet die Luftverschmutzung nicht so groß sei, dass der Honig als bedenklich angesehen werden müsste.

**Herr Stadtrat Naumann** erwidert, dass nicht der Beschlussempfehlung des eben genannten Ausschusses gefolgt werden müsse. Der Antrag solle, so wie vorliegend, besprochen und abgestimmt werden.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf und **Herr Hoffmann** bringt den Antrag zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3

|          |  |                              |
|----------|--|------------------------------|
| <b>3</b> | <b>Bebauungsplan Nr. 3002, Dresden-Altstadt II Nr. 26, Parkhaus Pfothenhauerstraße</b> | <b>V0477/15<br/>beratend</b> |
|----------|--|------------------------------|

**hier:**

- 1. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan**
- 2. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf**
- 3. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan**

**Herr Dr. Jarad**, Stadtplanungsamt, bringt die Vorlage ein. Erläutert und begründet, anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift beigelegt werde, den Inhalt. Er stellt das Parkraumkonzept und die Analyse für das Verkehrs- und Parkraumkonzept für das Universitätsklinikum und das Umfeld vor. Es wurde sich dabei auf die neuen Kliniken im nördlichen Geländeteil konzentriert. Es ist festgestellt worden, dass die erheblichen Defizite an Stellplätzen, in öffentlichen Straßenräumen nicht mehr kompensierbar seien. Das betreffe das Universitätsklinikum Dresden, das Max-Planck-Institut sowie die Anwohner an der Pfothenhauerstraße und andere. Ebenfalls untersucht wurden die Entfernungen der Standorte der jeweiligen Kliniken auf dem Uni Gelände.

In einem weiteren Schritt erläutert und begründet er die positiven Bewertungskriterien mit vergleichbaren Standortbetrachtungen. Aufgrund eines Schallschutzes für die Kinder- und Frauenklinik, sei die Einordnung an der Ostseite überarbeitet worden.

Ein planungsbedingter Eingriff verursache, bei den betrachteten Schutzgütern wie Artenschutz, Biotope, Boden, Wasser und Stadtklima, Defizite. Diese könne man im Plangebiet jedoch nur durch Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen reduzieren. Grünordnerische Maßnahmen müssten deshalb durch festgesetzte, externe Maßnahmen ergänzt werden.

Was die Ersatzflächen der Internationalen Gärten und die Umsetzung der Planung angehe, sei die Verlagerung der vorhandenen Gartennutzung erforderlich. Hierzu gebe es einen Vorentwurf mit 2 Varianten, auf die Herr Dr. Jarad eingeht.

Zusammengefasst berücksichtigt die Vorlage inhaltlich folgende Details:

- die planungsrechtliche Situation,
- die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung,
- die Form des Beteiligungsverfahrens,
- die Umweltsituation/Umweltschutz/Umweltprüfung
- die örtliche Situation,
- die Ziele des Bebauungsplanes und
- die AG Gender zu beteiligen.

Letzteres bedeute, zukünftig im Vorfeld aller Entscheidungen in Politik und Verwaltung, die individuellen Unterschiede und Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu berücksichtigen, bei Planungen, Vorhaben anzuwenden und nachhaltig zu verankern.

Mit dieser Vorlage werde beabsichtigt, die Parkplatzsituation im Umfeld des Universitätsklinikums nachhaltig für alle Nutzergruppen zu verbessern.

**Herr Viertel**, Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, fügt ergänzend hinzu, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau einen Ortsnahen Ausgleich gefordert habe. Leider sei kein Raum im Stadtteil der Johannstadt gefunden worden, welcher sich als geeignet erwiesen habe. Mit dem Stadtverband sei gesprochen worden, ob Ausgleichsflächen, für den an der Gleisschleife befindenden Kleingartenverein „Elbeland“, im Hansapark genutzt werden könne. Parallel werde man sich jedoch bemühen, geeignete Flächen in der Johannstadt zu akquirieren. Im Kleingartenentwicklungskonzept sei ein interessantes Angebot aufgeführt, welches jedoch nicht zum kommunalen Eigentum zähle. Ein möglicher Ankauf sei von den Konditionen abhängig.

**Herr Stadtrat Dr. Deppe** erschließt sich der dargestellte Bedarf an Parkmöglichkeiten, in der Höhe nicht. Nach persönlicher Erfahrung habe es keine größeren Probleme gegeben, allgemein einen Stellplatz zu finden. Ihm seien auch keine Klagen von Mitarbeitern der Uni Klinik bekannt, welche sich über mangelnde Parkmöglichkeiten geäußert hätten. Desweiteren habe keine offizielle Befragung zur Thematik und dem entsprechenden Bedarf der dort Arbeitenden stattgefunden. Zum Anderen sei das Gelände des Universitätsklinikums gut durch den öffentlichen Nahverkehr erschlossen. Was nicht ausreichend vorhanden sei, wären Fahrradstellplätze. Er merkt an, dass von Seiten des Klinikums im eigenen Bereich Möglichkeiten gefunden werden könnten, den Bedarf zu decken. Auf Grund von derzeitigen Baumaßnahmen könne man ggf. über Tiefgaragen nachdenken.

**Herr Dr. Jarad** könne nur auf die durchgeführte Untersuchung hinweisen, deren Ergebnisse in dem B-Plan mit eingeflossen seien. Was die Tiefgaragen angehe, müsse festgestellt werden, dass bei der ganzen positiven baulichen Entwicklung eine Dichte erreicht wurde, die keine weiteren Möglichkeiten mehr zulassen.

In Bezug auf das Parkhaus gehe man von einer nahezu täglichen Auslastung aus. Neben den Besuchern, dem Krankenhauspersonal usw., komme dieses auch dem Max-Planck-Institut, mit 100 zur Verfügung gestellten Parkplätzen, zu Gute. Gegenwärtig verfüge dieses noch über keine dauerhaften Stellplätze. Vergessen dürfe man auch nicht die Besucher oder Mitarbeiter, welche von außerhalb nach Dresden kommen. Mit diesem Parkhaus werden ebenfalls angrenzende Wohngebiete entlastet.

Herr Dr. Jarad bietet an, den Mitgliedern des Kleingartenbeirates das Konzept, auf das in diesem B-Plan verwiesen werde, zur Verfügung zu stellen.

Dieses Angebot wird einstimmig angenommen.

**Herr Stadtrat Nauman** möchte wissen, wie der Kleingartenverband zu den Eingriffen in Kleingartenanlagen bzw. zu einer Umverlagerung in ein anderes Gebiet stehe. Er wisse, dass die ebenfalls betroffenen Internationalen Gärten von den Begebenheiten nicht begeistert seien. Weiter merkt er an, dass städtebaulich, die Errichtung dieses Parkhauses ebenfalls einen erheblichen Eingriff in die Umgebung darstelle. Die Tatsache, dass eine Hochgarage in der Größe nicht ausgelastet werde, zeige sich anderen Orts. Man sollte eher darüber nachdenken, ggf. den ÖPNV besser auszubauen.

**Herr Stadtrat Rentsch** geht auf die Anmerkungen, dass mehr Fahrradständer anstelle von Stellplätzen für Autos gebraucht würden, aber gleichzeitig Tiefgaragen im Uni Gelände entstehen sollten, von Herrn Dr. Deppe ein. Er stellt fest, dass sich diese Aussage auf einer Seite beiße und zum Anderen gebe es sehr wohl für einige Mitarbeiter der Uni Klinik ein Parkplatz Problem. Hier dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass zu späten Abendstunden oder nachts gearbeitet werde und hier eine Arbeitsplatznahe Parkmöglichkeit begrüßt werde. Zu den Tiefgaragen merkt er an, dass sich das rein bautechnisch auf dem Uni Gelände nicht oder nur sehr schwer umsetzen lasse. Der finanzielle Aspekt, welcher sich beim Bau einer Hochgarage, im Gegensatz zum Bau einer Tiefgarage ergebe, spiele ebenfalls eine wichtige Rolle. Um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden und im Interesse des Krankenhauses, gebe es keine andere Alternative. Im Zuge des geforderten Parkplatzkonzeptes für die Johannstadt, was bisher stets an den fehlenden Flächen gescheitert sei, könne er abschließend sagen, dass man mit dieser Lösung recht zufrieden sei.

**Frau Meyer** schließt sich den Ausführungen von Herrn Stadtrat Rentsch voll und ganz an.

**Herr Hoffmann** kann aus Sicht des Stadtverbandes sagen, dass man mit allen Lösungen, die auf Kosten von Kleingartenanlagen gehen, nicht glücklich sei. Es könne nicht sein, dass immer wieder, für verschiedenste Maßnahmen, Kleingärten in Frage gestellt werden. Dennoch müsse es eine bestehende Interessenabwägung zwischen dem Wohngebiet, dem Klinikum, den kleingärtnerischen Interessen und eben auch mit dem Max-Planck-Institut geben. Wenn ein Erhalt der Flächen zur Gartennutzung nicht gegeben sei, dann fordere man nach Möglichkeit schon einen Wohnortnahen Ersatz.

Den Kleingärtnern sollten auf jeden Fall, nach den nötigen Prüfungen und Analysen, die Ergebnisse vorgestellt werden, um mit in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezogen werden zu können.

Von Seiten des Stadtverbandes habe an dieser Stelle noch eine Forderung Bestand. Diese beinhalte, dass, im Falle einer Verlagerung des Eigentums, Mittel für den Umzug auf eine Ersatzfläche bereit gestellt werden müssten, bevor es ein Baurecht für ein bestehendes Gartengebiet gebe.

**Frau Schubert** findet das Vorhaben problematisch, auch aus dem Grund, da sich das Parkhaus unmittelbar gegenüber der Kreissäle befindet. Eigentlich müsste es möglich sein, in jedes neu errichtete Gebäude eine einstöckige Tiefgarage mit zu integrieren. Hier solle jedoch aus finanziellen Gründen gespart werden und das gehe zu Lasten der Internationalen Gärten und der Kleingärtner.

Nach ihrer Erkenntnis seien Alternativstandorte für Parkplätze zu wenig geprüft worden. Als Kriterium seien u. a. Entfernungen benannt worden, warum bestimmte Standorte nicht in Frage kämen. Das das nicht unbedingt richtig sei, erklärt sie anhand des Beispiels der Waldschlößchenbrücke. Diese Parkplätze werden intensiv genutzt und man nehme Entfernungen zum eigentlichen Zielort in Kauf. Eine gute Anbindung, gerade durch den Pendelverkehr von Bussen, vereinfache die Problematik. In jedem Fall und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger solle man eher eine Verlagerung von öffentlichen Verkehrsmitteln in Betracht ziehen. Aus den genannten Gründen, werde sie die Vorlage ablehnen.

**Herr Stadtrat Rentsch** konstatiert, dass der einzige Grund, warum die Parkplätze in den Ohren der Waldschlößchenbrücke so gut frequentiert seien, darin liege, dass diese kostenlos zur Verfügung stünden. Aber gerade nachts, sei dass für die Mitarbeiter des Uni Klinikums und weiter entfernt wohnende Anwohner keine Alternative. Auch im Allgemeinen sei bestätigt worden, dass in der Johannstadt eine Not an Parkplätzen vorhanden sei.

**Herr Baumgarten** finde es auch sehr bedauerlich, wenn auch nur eine Parzelle aufgegeben werden muss. In diesem Fall vertrete er jedoch die Meinung, dass in erster Linie an die Patienten, welche täglich zu Hunderten die Uni Klinik besuchen und diese aber auch wieder verlassen müssen, gedacht werden sollte.

**Herr Viertel** merkt an, dass dieses Jahr im Haushalt Entschädigungsmittel eingestellt worden seien, die für die Kleingärtner im Bereich der Gleisschleife zur Verfügung stünden. Ebenfalls gebe es Mittel um Ersatzflächen vorzubereiten, die jedoch nicht ausgezahlt werden, wenn der Beschluss des B-Planes in Frage stehe. In der nächsten Sitzung des Ausschusses Stadtentwicklung und Bau habe man Vertreter der Internationalen Gärten eingeladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu der Thematik zu äußern. Er regt an, zu dieser Sitzung ggf. auch Vertreter des Kleingartenbeirates einzuladen.

**Herr Stadtrat Rentsch** informiert, dass diese Vorlage im öffentlichen Teil der Sitzung beraten werde und da können Gäste teilnehmen und Rederecht beantragen.

Es gibt weitere Diskussionen über das Für und Wider der Vorlage. Detailfragen werden durch die Vertreter der Verwaltung umfänglich geklärt.

**Herr Hoffmann** nimmt aus der Diskussion mit, dass es sich erforderlich mache, dass der Stadtverband weiter eigene Vorstellungen formulieren werde und diese dann, dem Investor gegenüber, einreichen werde. Das seien Anmerkungen die den B-Plan nicht betreffen. Er benennt u. a. die Fassadengestaltung sowie den Lärmschutz. Ebenfalls sollte mit dem Investor geklärt werden, in wie weit die Anlieger, zu vernünftigen Preisen, das Parkhaus mit nutzen könnten. In der weiteren Verfahrensweise müsse ebenfalls über die Frage Abwasser geredet werden. Zum B-Plan direkt seien bereits einige Widersprüche durch den Stadtverband eingereicht worden, mit der Bitte um Beachtung. Diese Forderungen seien bei der Planung mit berücksichtigt und entsprechend abgearbeitet worden.



Wie folgt, stellt **Herr Stadtrat Rentsch** zur Vorlage einen Ergänzungsantrag:

„Es solle geprüft werden, ob eine öffentliche nutzbare Toilettenanlage, auch für die Nutzer der Gartensparte, zur Verfügung gestellt werden kann.“

Dem Ergänzungsantrag wird mit 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen zugestimmt.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf und **Herr Hoffmann** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau nimmt zur Kenntnis, dass die frühzeitige Unterrichtung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB stattgefunden hat.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau billigt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 3002 in der Fassung vom 7. April 2015.
3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau billigt die Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf in der Fassung vom 7. April 2015.
4. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beschließt, den Bebauungsplan Nr. 3002, Dresden-Altstadt II Nr. 26, Parkhaus Pfortenhauerstraße nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer von einem Monat öffentlich auszulegen und nach § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
5. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob eine öffentlich nutzbare Toilettenanlage, auch für die Kleingärtner der Gartenanlage, zur Verfügung gestellt werden kann.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 6 Nein 4 Enthaltung 1

**4 Bericht zur Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes mit den Unterthemen Verfügbarkeit von Ersatzflächen (z. B. Ersatz für Parkhaus Pfothenhauerstr., für Spitzweg wegen Koitzschgraben, für Prießnitzau (Vorlage Beratungsfolge KG BR!), für Hochwasserflächen)**

**Herr Viertel**, Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, informiert anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift beigelegt werde, die Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes.

**Herr Stadtrat Haßler** merkt an, dass nicht nur der Stadtverband in dieser Beratung involviert gewesen sei.

Er übergibt die weitere Leitung der Sitzung an seinen Stellvertreter Herrn Hoffmann.

An die Mitglieder des Kleingartenbeirates wurde ebenfalls die Informationsvorlage V0487/15 ausgereicht. **Frau Marth** bezieht sich hierzu auf die Ausführung auf Seite 3 „... sieht die 2. Änderung eine Kooperation mit Initiativen des Gartennetzwerkes vor, die das Ziel verfolgen, Gemeinschaftsgärten sowie internationale Gärten zu etablieren.“ Hier bittet sie um detailliertere Informationen, wie z. B. was es für Initiativen gäbe und wie die Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsgärten aussehe.

**Herr Viertel** wortet, dass die Zusammenarbeit, im Zusammenhang mit dem Kleingartenentwicklungskonzeptes betrachtet so aussehe, dass dies als Punkt zur Aufgabenstellung mit integriert werde.

**Frau Marth** äußert die Bitte, den Mitgliedern eine Übersicht über vorhandene Gemeinschaftsgärten/Internationale Gärten in Dresden zur Verfügung zu stellen und eine Aussage über den kommunalen bzw. privaten Flächenbesitz zu treffen.

**Herr Viertel** sagt dem zu und merkt an, dass es eine Internetseite gebe, die alle Gartenprojekte aufzeige und wie diese verteilt seien.

**Frau Schubert** spricht die Errichtung eines Kleingartenersatzlandkontos an, was sie für eine gute Sache halte. Sie möchte wissen, wie der Stadtverband dazu stehe und ob die Geldmittel zur Aufwertung von anderen Kleingartensparten verwendet werden könnten.

**Herr Hoffmann** erläutert, dass sich diese Fragen auf die ausgereichte Informationsvorlage beziehen. Mit dieser würde er gern fortfahren, wenn es keine weiteren Fragen zum Kleingartenentwicklungskonzept gebe.

**Herr Stadtrat Rentsch** fragt, ob es Angebote von privaten Anbietern gebe, in Bezug auf Ersatzflächen.

**Herr Hoffmann** bejaht das. Angebote werden an die Landeshauptstadt zur Prüfung weiter geleitet. Es müsse jedoch genau überlegt werden, ob ein Ankauf von Flächen sinnvoll sei. Wenn man Mittel in bestehende Anlagen einsetze, dann gehe es nicht darum diese aufzuwerten, sondern diese zu sichern. Gleichzeitig bestehe die Aufgabe, Kleingartenanlagen ggf. zu verlagern oder ähnliches. Eine Prüfung, ob Mittel für bestehende Anlagen verwendet werden, ohne etwas Neues zu schaffen, obwohl andere Aufgaben erfüllt werden müssten, mache sich notwendig.

An der Veranstaltung zum Entwicklungskonzept seien verschiedene Ämter, der Kleingartenbeirat und der Stadtverband beteiligt gewesen. Er gehe davon aus, dass alles auf einen guten Weg gebracht worden sei.

Es gibt keine weiteren Fragen. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

## 5 Information/Sonstiges

**Herr Hoffmann** informiert über den Beschluss zum Umgang mit Kleingartenanlagen im Hochwassergebiet. Der derzeitige Stand sei, dass mit dem Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft eine Vereinbarung erarbeitet worden sei. Unter anderem gehe es um die Entschädigungszahlungen für die betroffenen Kleingärtner, welche ihre Parzellen aufgegeben hätten. Hierbei handle es sich gegenwärtig um rund 109 Parzellen.

Die Vereinbarung sehe vor, dass die finanziellen Mittel dem Stadtverband überwiesen werden und dieser dann, nach Prüfung der Anspruchsberechtigung, die Gelder auszahlen werde.

Weiterhin solle in einem Kleingartenverein am Alten Elbarm (Leuben) die Notwendigkeit der Beräumung bestimmter Teile von Anlagen geprüft werden. Hier habe man bereits Kontakt aufgenommen und man werde über den Verlauf in einer der nächsten Sitzungen berichten.

Eine Bitte richtet Herr Hoffmann an die Stadträte, in Bezug von Kleingartenanlagen in Dresden, wo verbindlich zugesagt werden solle, dass die Abwasserproblematik bis zum 30. Dezember 2015 zu sichern sei. Das heiße konkret, dass keine Abwässer in den Boden versickern sollten. Der Stadtverband habe sich dem Thema gestellt. Insbesondere wolle man dort, wo man z. B. über Vereinshäuser auf Gemeinschaftsflächen verfüge, voll biologische Kläranlagen errichten. Bei technologischen Schwierigkeiten sehe man vor, bis zum 31. Dezember 2015 Sammelgruben zu bauen. Für die genutzten Flurstücke liege bisher aber immer noch keine Freistellung vom Anschlusszwang an das öffentliche Abwassernetz vor. Aus wirtschaftlichen Gründen mache sich hier eine Freistellung notwendig. Seines Erachtens befinde sich das dazu erarbeitete Dokument noch im Geschäftsgang.

Am 30. Dezember 2015 sei die Antragsfrist abgelaufen, bis wohin der Stadtverband mit öffentlichen Mitteln, gefördert durch die SAB Bank, die Sammelgruben errichten müsste, was jedoch ohne Befreiung vom Anschlusszwang nicht möglich sei. Betroffen davon seien ca. 60 Kleingartenanlagen.

Weiter möchte er darüber aufklären, dass die Fördermittel, in Höhe von 1.500 Euro an den Grundstückseigentümer ausgezahlt werden, obwohl Eigentümer der fertig gestellten Baumaßnahmen dann der Kleingärtnerverein wäre, welcher gebaut und den Bau finanziert habe. Hier müsse mit dem Liegenschaftsamt vereinbart werden, dass diese Mittel direkt an die Vereine ausgezahlt werden. Schwieriger gestalte sich die Lage bei privaten Eigentümern, da dort eine Genehmigung vorliegen müsse, dass überhaupt gebaut werden dürfe.

Zur Zeit werde sich bei der Sächsischen Aufbaubank bemüht, ggf. eine Fristverlängerung zu erreichen und das man die Fördermittel nicht an den Grundstückseigentümer auszahle, sondern an den tatsächlichen Nutzer, sprich an den Verein.

**Herr Stadtrat Rentsch** sei dahingehend informiert, dass Sammelgruben errichtet werden könnten. Man müsse nur nachweisen, dass diese dicht seien und somit nichts in den Boden abfließen könne. Dieses Zertifikat sei zwar sehr umfangreich, wäre aber eine Alternative. Als Beispiel benennt er Anlagen, welche allein von der Entfernung her, gar nicht an das öffentliche Abwassernetz angeschlossen werden könnten.

Dem stimmt **Herr Hoffmann** zu und er führt aus, dass nur die Flurstücke von dem Zwangsanschluss befreit werden sollen, welche das Abwassernetz nicht nutzen.

**Herr Stadtrat Naumann** merkt an, dass das im Finanzausschuss entschieden werden müsste, denn dort sei der Eigenbetrieb Stadtentwässerung angesiedelt.

**Herr Hoffmann** fügt an, das die untere Wasserbehörde bereits zugestimmt habe. Natürlich müsse die Dichtheit der Sammelgrube nachgewiesen und eine Abgabe der Fäkalien an die Stadtentwässerung abgegeben werden. Das eigentliche Problem sei, dass erst gebaut werden dürfe, wenn eine Befreiung vom Anschlusszwang bestätigt vorliege. Abschließend appelliert er an die Stadträte und Ausschüsse, die mit der Thematik befasst seien, die Entscheidungen zu beschleunigen.

**6 Zweite Änderung zur Kooperationsvereinbarung zur weiteren  
Entwicklung des Kleingartenwesens in der Landeshauptstadt  
Dresden**

**V0487/15  
zur Information**

**Herr Hoffmann** bezieht sich auf die unter TOP 3 gestellte Frage von Frau Marth, was es für Initiativen gebe und wie die Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsgärten aussehe. Wie bereits zugesagt, werde eine entsprechende Übersicht ausgereicht. Über Gartennetzwerke, Vereine bzw. Organisationen könne ggf. in einer der nächsten Sitzungen des Kleingartenbeirates gesprochen werden. Der Stadtverband sie bereits mit Vertretern eines Netzwerkes in Kontakt gekommen, indem man gemeinsame Informationsveranstaltungen abgehalten habe. Dies alles wolle man aufbereiten und in einem Tagesordnungspunkt vorstellen.

Auf die Frage von Frau Schubert, ob die Geldmittel zur Aufwertung von anderen Kleingarten-sparten verwendet werden können, antwortet er, dass der Stadtverband zum Kleingärtner-tag 2015 den Vorschlag gemacht habe, dass man ein einen Fond Kleingarten, sprich ein „Kleingar-tenersatzlandkonto“, einrichten könne. Dieses solle über die Stadt angelegt werden. Darin soll-ten, z. B. über das Liegenschaftsamt, Mittel einfließen, die man für bereit zu stellende Flächen verwenden bzw. für Ausgleichsmaßnahmen nutzen könne. Es sei signalisiert worden, dass diese Idee, in Bezug auf das Rechnungsprüfungsamt, problematisch gesehen werde. Dennoch solle die Stadtverwaltung prüfen und die Möglichkeiten ausschöpfen.

Weitere Fragen gebe es nicht und **Herr Hoffmann** schließt die 5. Sitzung des Kleingartenbeira-tes.

Frank Hoffmann  
Vorsitzender

Birgit Hentschel  
Schriftführerin

Klaus Rentsch  
Stadtrat

Andrea Schubert  
Mitglied